

Waldemar Stange

Aktionsfelder, Themen und Zielgruppen der Beteiligung

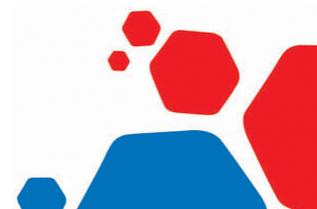
Fallbeispiele: Beteiligung ist fast überall möglich

Baustein A 1.6

Veröffentlichung im Rahmen der Beteiligungsbausteine des
Deutschen Kinderhilfswerkes e.V. (www.kinderrechte.de)

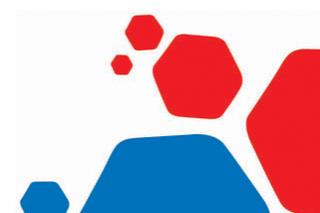
Entwicklung und wissenschaftliche Leitung:
Professor Dr. Waldemar Stange, Leuphana-Universität Lüneburg

Lüneburg/Berlin 2002



Inhalt

1. Überblick	3
2. Aktionsfelder	3
3. Themen der Beteiligung	4
4. Zielgruppen	12
4.1 Einführung und Überblick	12
4.2 Ein Beispiel: Mädchen planen und bauen	16
4.3 Weitere Zielgruppen-Beispiele mit besonderen Anforderungen	18
5. Literatur	20



1. Überblick

Wenn man Partizipationsprozesse startet, geschieht dies meistens von typischen *Ausgangslagen* her: Der erste Zugang zur Partizipation kann prinzipiell über *Aktionsfelder*, in denen Beteiligungsprozesse stattfinden oder über *Themen* (Gegenstände) oder auch über die *Zielgruppen* erfolgen. Welchen Zugang man wählt, ist letztlich nicht entscheidend. Es geht nur um unterschiedliche Perspektiven, die anschließend differenzierte methodische Konsequenzen haben können. Deshalb sollte man wissen, welches der erste impulsgebende Blickwinkel ist.

Der Zugang zur Partizipation allein über *Aktionsfelder* (statt über Gegenstände/Themen oder Strategien/Methoden) erfolgt sehr häufig, z. B. von der Schule aus. Die Themen sind in den Aktionsfeldern in der Regel schon integriert (ebenso wie eine bestimmte Zielgruppe, mit der man gerade arbeitet oder die selber initiativ wird). Deshalb ist die separate Betrachtung von Beteiligungsmöglichkeiten allein vom Aktionsfeld (Ort) her in gewisser Weise etwas künstlich, aber dennoch ein häufig realisierter Zugang. Viele der genannten Aktionsfelddarstellungen könnten jedoch ebenso gut von den Gegenständen (Themen) oder den Zielgruppen und sogar von den Strategien/Methoden her behandelt werden. Aber es bleibt dabei: Bei der Fokussierung auf Aktionsfelder handelt es sich um einen der wichtigsten Zugänge.

Es ist aber möglich, sich dem Bereich der Partizipation statt über Aktionsfelder auch direkt über *Themen und Gegenstände* anzunähern. Dieser Zugang wird im Abschnitt 3 beleuchtet. Dieses Kapitel enthält einen Überblick über die Themenfelder, die nach allen Erfahrungen bei Partizipationsprozessen eine wichtige Rolle spielen. Diese Palette möglicher Themen wird anschließend mit Beispielen aus der Praxis konkretisiert und illustriert.

Der Zugang zur Partizipation kann statt über Aktionsfelder oder Gegenstände/Themen oder Strategien/Methoden aber auch über *Zielgruppen* erfolgen. Ein Überblick zu relevanten Zielgruppen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen lässt sich nicht absolut trennscharf halten, weil sich in der kommunalen Realität viele Zielgruppenkategorisierungen überschneiden. Beispiele für typische Zielgruppen von Partizipationsprojekten wären z. B. Mädchen, Jungen, Schüler, Lehrlinge, Studierende, Kinder und Jugendliche aus marginalisierten und sozial benachteiligten Familien und Gruppen, Angehörige jugendlicher Subkulturen (z.B. Rocker, Punker, Skins, Rechtsradikale usw.). Diese Palette möglicher Zielgruppen wird im Abschnitt 4 beleuchtet und abschließend ebenfalls mit Beispielen aus der Praxis konkretisiert und illustriert.

2. Aktionsfelder

Der folgende Überblick zu relevanten Aktionsfeldern der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bietet keine absolut trennscharfe Darstellung. Das ist nicht möglich, weil sich in der kommunalen Realität viele Aktionsfelder berühren oder überschneiden. Das ist auch nicht weiter problematisch.

Wichtig ist nur, dass die genannten Aktionsfelder allesamt Ausgangspunkte (Zugänge) und Orte der Beteiligung sein können:

- Stadt und Stadtteil (Stadtteilsanierung, Soziale Stadt usw.)
- Dorf: Dorfentwicklung, Dorferneuerung
- öffentlicher Raum: z. B. Einkaufszonen, Wohnumfeld, Spielraum (Spielplätze, beispielbare Stadt)
- Nahräume/Nachbarschaft
- Wohnsiedlungen

- informelle Gruppen und Cliquen im Freizeitbereich
- Verkehr
- kommunale Verwaltung und politische Institutionen/ Gremien (insb. Stadtplanung, Stadtentwicklung, Bauleitplanung usw.)
- Jugendamt und Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfeplanung)
- Jugendzentren, Jugendfreizeitstätten, Kinderkulturhäuser
- Schulen
- Kindertagesstätten
- Beratungsstellen
- Krankenhäuser und Kureinrichtungen für Kinder und Jugendliche
- Institutionen, Organisationen, Firmen und Betriebe usw. für Ausbildung und Studium
- Vereine und Verbände (Sportvereine, Jugendverbände, Umweltschutz- und Naturschutzverbände, aber z. B. auch NGO, die sich z. B. mit dem Thema Gesundheit beschäftigen)
- kommunale Präventionsräte
- Medien- und Kultureinrichtungen
- Internet
- selbstorganisierte Institutionen und Organisationen von Jugendlichen: Youth-Bank, Schülerfirmen usw.

3. Themen der Beteiligung

Der Zugang zur Partizipation allein über Gegenstände und Themen erfolgt nicht ganz so häufig wie der über Aktionsfelder (aber z. B. vom Umwelt- und Natur-Thema her durchaus regelmäßig) und ist in den Aktionsfeldern in der Regel schon integriert (ebenso wie eine bestimmte Zielgruppe, mit der man gerade arbeitet, oder die selber initiativ wird). Deshalb ist die separate Darstellung von Beteiligungsmöglichkeiten allein vom Thema her in gewisser Weise etwas künstlich. Viele der genannten Themen könnten ebenso gut von den Aktionsfeldern her behandelt werden. Aber dennoch handelt es sich bei der Fokussierung auf Themen um einen durchaus typischen Zugang.

Es soll inhaltlich gehen um soziale und politische Beteiligung. Das heißt, es geht um ein relativ breites Spektrum von Themen, die auf der einen Seite ganz eindeutig dem politischen Bereich i. e. S. zuzuordnen sind. Wir legen hier eine Definition des Politischen als „Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten“ innerhalb und außerhalb politischer Institutionen mit dem Zusatzkriterium der Öffentlichkeit (bzw. des öffentlichen Raumes) zugrunde (auch im Sinne von Kants Merkmal der Mündigkeit: Nicht irgendeinen Gebrauch des eigenen Verstandes zu machen, sondern „von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen“).

Auf der anderen Seite des Spektrums liegen dann soziale Aspekte in nicht öffentlich verhandelten (aber öffentlich verantworteten) dialogischen pädagogischen Bezügen oder sozialen Thematiken der Peer-Group z.B. in der Kindertagesstätte oder im Jugendzentrum.

Alle Grundformen (Strategien) der Beteiligung beziehen sich im Prinzip jeweils auf das Gesamtspektrum der sozialen und politischen Beteiligung – mit einer Ausnahme: Die Grundform „Alltagspartizipation“ spielt im Bereich der politischen Beteiligung i. e. S. eine gespaltene Rolle, da man hier ja zunächst einmal und vor allem ausschließlich an alltägliche Themen mit ganz klar ebenso alltäglichen Formen insbesondere im Bereich der Familie oder der Freundesgruppe (denen gerade das Kriterium der Öffentlichkeit fehlt) denkt.

Diese Seite des inhaltlichen Spektrums soll hier weitgehend ausgeklammert und Alltagspartizipation nur so weit berücksichtigt werden, wie sie innerhalb öffentlicher oder kommunaler Kontexte stattfindet (z. B. in Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen usw.).

Wer also die politische Beteiligung i. e. S. im Auge hat, kann diesen Bereich nicht komplett ausklammern. Denn es spricht ja auch noch viel mehr dafür, einen eher breiteren Politikbegriff zugrunde zu legen: Denn einerseits könnte es sein (worüber wir noch zu wenig wissen), dass gerade im Bereich der Alltagspartizipation wichtige Grundlagen für die politische Partizipationsbereitschaft gelegt werden könnten. Andererseits kann auch ein zunächst eingeschränkt rein soziales Thema schnell in ein politisches umkippen (z. B. gewinnt das rein private soziale Freizeitproblem einer Peer-Group beim Fußballspielen auf dem Rasen im Wohnumfeld konfliktvoll öffentliche Relevanz). Die Trennungslinie ist also nicht immer leicht zu ziehen.

Überblick:

- Freizeitthemen (einschließlich institutioneller Freizeitangebote, z. B. von Sportvereinen)
- politische Aushandlungsprozesse (von der lokalen Ebene über die Landesplanung und zur internationalen Ebene)
- naturnahe Umgestaltung des Umfeldes von Kindertagesstätten und Jugendzentren
- Stadtplanung, Stadtentwicklung, Stadtteilsanierung, Bauleitplanung
- Wohnumfeldgestaltung
- Spielraumplanung (Spielplätze, Spiellandschaften, beispielbare Stadt, Spielleitplanung)
- kindgerechter Wohnungsbau
- Verkehrsplanung
- kinderfreundliche Dorfentwicklung
- pädagogische Beteiligung (insb. Schul-Themen, Kindergarten-Themen) Ausbildungs- und Studiensituation
- Umwelt- und Naturschutz, Agenda 21
- Umfeldgestaltung, insbesondere naturnahe Umgestaltung des Umfeldes von Kindertagesstätten und Jugendzentren
- Partizipation in Jugendhilfeplanungsprozessen
- Beteiligung im Rahmen von Kern-Leistungen des KJHG
- Beratungsthemen (allgemeine Lebensprobleme, Ausbildung, Sexualität, Drogen usw.) in öffentlichen Einrichtungen
- Entwicklung von Konzeptionen für Jugendfreizeitstätten, Kinderkulturhäuser, die Jugendverbandsarbeit usw.
- Partizipation bei der Entwicklung/Ausgestaltung von Präventionsprojekten
- Gesundheitsprojekte
- Stärkung der Selbstorganisationsfähigkeit
- i. e. S. nichtpädagogische Alltagsthemen in öffentlichen sozialen Nahräumen: Kindertagesstätten
- Alltagsthemen und Probleme in sozialen Nahräumen, z. B. in der Nachbarschaft, in informellen Gruppen im öffentlichen Raum
- Alltagsthemen im Alltagsleben der Kommune (Dorf, Stadtteil), im Sportverein usw.
- Engagement für andere
- Medien- und Kulturarbeit

Ich illustriere das breite Spektrum möglicher Gegenstände von Partizipation anhand einiger Projektbeispiele, die im Rahmen der Demokratiekampagne in Schleswig-Holstein und der der Aktion „Niedersachsen – Kinderland“ realisiert wurden. Es geht um Projekte, die mit der Lebenswelt und der Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen zu tun haben:

Freizeitbereich

Beteiligung z. B. an der Planung und Ausgestaltung von Schwimmbädern, Sport- und Freizeitanlagen (Skaterbahnen usw.), Events, Ferienpassaktionen usw.

Hier haben wir die Entwicklung eines großen Stadtparks in Schwarzenbek als generationsübergreifendes Projekt in einer umfassenden Beteiligungsspirale mit Kindern, Jugendlichen und Senioren moderiert und verwirklicht. Ein anderes Projekt in einem anderen Ort beschäftigte sich mit der Schwimmbadumgestaltung. Die Gestaltung öffentlicher Plätze war mehrfach Gegenstand von Beteiligungsprozessen. Das Schaffen von Plätzen für Skateboarder und Inliner war ebenfalls immer wieder Thema, z. B. beim Bau von „Skateland“ in Bad Oldesloe (mit Beteiligung der Jugendlichen sogar beim eigentlichen Bau).

Fallbeispiel: Mitbestimmung bei der Ferienpassaktion der Hansestadt Lübeck

Zuerst erfolgte nach den Sommerferien eine statistische Erhebung unter den Fragestellungen „Wie wurde der Ferienpass genutzt?“ und „Wie sind die einzelnen Veranstaltungen angenommen worden?“

Danach startete das Jugendamt an vier verschiedenen Schulen eine Befragungsaktion, bei der sich insgesamt 220 Schüler im Alter von 8 bis 17 Jahren über ihre positiven und negativen Erfahrungen mit dem alten Ferienpass und über ihre Wünsche für den kommenden Ferienpass äußerten.

Während der Befragung äußerten einige Jugendliche Interesse daran, den Ferienpass mitzugestalten. Diese Idee wurde vom Jugendamt aufgenommen und, nachdem verschiedene Rahmenbedingungen verwaltungsintern geklärt waren, wurde die Werbung für die Arbeitsgruppen an drei verschiedenen Schulen in den 9. und 10. Klassen begonnen. Es wurden zwei Arbeitsgruppen gebildet: Die erste befasste sich ausschließlich mit der inhaltlichen Neugestaltung, die zweite mit dem Layout.

Um die Ferienpassaktion abzuschließen, war es wichtig, wieder den Kontakt zu den Schülern aufzunehmen. Durch die erneute Befragung zum Ferienpass fühlten sich die Kinder mit ihren Anregungen ernst genommen. Sie konnten davon ausgehen, dass ihre Meinung wichtig war, und sie waren stolz darauf, gefragt zu werden (Brunseman/Stange/Tiemann 2001, S. 63).

Institutionelle Freizeitangebote, z. B. über Sportvereine

In diesem Bereich hat z. B. eine Moderatorin Partizipationsstrukturen und -angebote für Kinder und Jugendliche (Gremien und Projekte) in einem großen Sportverein einer Mittelstadt aufgebaut. Die Organisation von Freizeitaktivitäten und Sportveranstaltungen gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen ist ein weiterer Schwerpunkt. Im Rahmen des siebenjährigen großen PRINT-Projektes (Präventions- und Integrationsprogramm) des Landes Niedersachsen betreute der Autor mit seinem Team Projekte zur Integration von besonders schwierigen und belasteten Gruppen in Vereinen.

Politische Aushandlungsprozesse

Hier geht es um politische Inhalte auf der lokalen Ebene, insbesondere die Entwicklung von Gesamtkonzepten – z. B. Leitbild-Prozesse („Kinderfreundliche Gemeinde“) oder Jugendentwicklungspläne (Jugendhilfeplanung) bis hin zur Landesplanung (z. B. im schleswig-holsteinischen Projekt „Zeitsprung“) und zur internationalen Ebene (Globalisierung/Weltordnung/Nachhaltigkeit), z. B. durch Beteiligung an „Sozialforen“.

Stadtplanung, Stadtentwicklung, Wohnumfeldgestaltung, Bauleitplanung

Ideen und Vorschläge von Kindern und Jugendlichen im Rahmen von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen

Hier haben sich Jugendeinwohnerversammlungen wie in Bad Oldesloe, aber auch Serien von parallelen Zukunftswerkstätten mit verschiedensten Nutzergruppen (Kinder, Jugendliche, Senioren, Frauen, Geschäftsleute) wie in Geesthacht oder die Beteiligung an einem Bebauungsplan mit dem Schwerpunkt „Kinder- und familienfreundliches und ökologisches Bauen unter kriminalpräventiver Perspektive“ in Ludwiglust bewährt.

Stadtteilsanierung

In Flensburg-Engelsby wurde z. B. eine typische Großsiedlung mit Plattenbauten aus den 70er Jahren gemeinsam mit einem dänischen Architektenteam und konsequenter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen saniert. In Vorhaben und Projekten zum Bundesförderprogramm „Soziale Stadt“ wurden im Landkreis Nienburg Kinder und Jugendliche an partizipativen Sozialraumuntersuchungen mit Bewegungsinterviews, Zukunftswerkstätten und ethnografischen Methoden an der Entwicklung von Konzeptionen zur Jugendarbeit und zur Entwicklung des Sozialraumes beteiligt.

Spielraumplanung

Spielplätze, Spiellandschaften, beispielbare Stadt, Spielleitplanung

Beteiligungen in diesem Bereich sind – zumindest im Rahmen der Projektmethode – immer noch am häufigsten zu finden. Wir haben solche Projekte z. B. in Flensburg-Ramsharde (mit einem parallelen Elternprojekt), in Arnis, in Ammersbek (hier für die „Lücke-Kinder“ von 8 bis 14) und beim Bau von „Skateland“ in Bad Oldesloe (mit Beteiligung der Jugendlichen am Bau) durchgeführt.

Kindgerechter Wohnungsbau

Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen bei der Planung eines ehemaligen Kasernengeländes in Glinde, Entwicklung und Realisierung eines Konzeptes für „Jugendwohnen“ mit Jugendlichen und einer Wohnungsbaugesellschaft

Verkehrsplanung

Verkehrswegegestaltung, Radwegeplanung, Schulwegsicherungen usw. Vom Autor ausgebildete Moderatoren arbeiteten hier an Schulwegprojekten in Norderstedt und Schafflund, wobei z. B. die norwegische Punktuntersuchung, Stadtforscherprojekte, Verkehrsmessungen, Modellbau und Planerworkshops Anwendung fanden. Auch das Thema Mobilität von Jugendlichen und öffentliche Verkehrsmittel (bessere Verkehrsverbindungen, Haltestellen, Taktfrequenzen, Bürger-, Nacht-/Discobusse etc.) wurde regelmäßig in Jugendprojekten bearbeitet.

Kinderfreundliche Dorfentwicklung

Wir haben zusammen mit dem Deutschen Kinderhilfswerk im Rahmen des vom Bundesjugendministerium finanzierten Dorferneuerungsprogramms „Dorf für Kinder – Dorf für alle“ in vier Modelldörfern in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern an der kinderfreundlichen Umgestaltung von Dörfern gearbeitet. Kinder und Jugendliche haben am Dorfentwicklungsplan und den relevanten Entscheidungen mitgewirkt und viele Leitprojekte verwirklicht (von der Gründung einer Jugendfeuerwehrgruppe, der Beteiligung an der Erstellung einer Dorfchronik, dem Bau eines Jugendhauses, der Gründung eines Jugendrates, dem Bau einer Kulturarena als Freizeitfläche, der Produktion eines Videofilmes über ihr Dorf bis hin zu Verkehrsplanungsprojekten). Das Verfahren wird mittlerweile an vielen Stellen in Schleswig-Holstein im Rahmen der LSE (Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse) – also dem wichtigsten Planungsschritt der Dorferneuerung – angewendet.

Pädagogische Beteiligung/Schul-Themen

Mitbestimmung bei Inhalten und Formen des Lernens, Mitwirkung bei der Gestaltung des Stundenplanes, Tagesablaufes etc., Mitgestaltung der Unterrichtsformen und -inhalte, (Themenauswahl, Projektwochen, Aktionen und Schulfesten, Klassenreisen, Bewertung/Noten, Hausaufgaben), Strukturen des Schullebens (Regeln und Vorschriften, Klassenzimmer: Einrichtung, Sitzordnung, usw.), Schülerparlament, Klassenrat, Schülerrat. Aber auch Beteiligung bei der Gestaltung des individuellen Lern-, Bildungs- und Erziehungsprozesses (pädagogische Situation und pädagogisches Verhältnis). Schließlich auch Beteiligung bei Schulhofumgestaltungen, z. B. in Schafflund (hier verdienten die Schüler einen Teil des erforderlichen Geldes selber), in Engelsby und Kücknitz (Letzteres äußerst erfolgreich unter der Zielsetzung der Kriminalprävention) sowie Beteiligung an der Schulbauplanung (z. B. Umbau der Gesamtschule in Norderstedt), bauliche Planung einer Privatschule mit den Schülern und dem Kollegium), Schulentwicklung/Schulstandort, Schulhofgestaltung, Raumgestaltung. Im Rahmen des PRINT- Projektes (Präventions- und Integrationsprogramm) des Landes Niedersachsen entwickelten wir Projekte zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe mit dem besonderen Akzent auf Partizipation.

Ausbildungs- und Studiensituation

Patenschaften/Mentoring, Schülerfirmen, Verhandlungsthemen in den Jugend- und Auszubildenden-Vertretungen

Umwelt- und Naturschutz, Agenda 21

In diesem Bereich wurde z. B. ein Naturerlebnisraum auf dem Koppelsberg bei Plön durch Kinder entwickelt. Es gibt mittlerweile Einrichtungen, die Kinder am Verpflegungseinkauf, an der Vermeidung von Verpackungsmüll usw. beteiligen. Von der Kreisverwaltung Ostholstein wurden Ideen unterbreitet zur Aufnahme von Vorschlägen von Kindern zu Maßnahmen in Naturschutzgebieten und Biotopmaßnahmen außerhalb der Naturschutzgebiete. In Kindergärten in Wolfenbüttel wurden Agenda-21-Projekte mit Kindern realisiert und mit einem Wettbewerb verbunden.

Fallbeispiel: das Projekt Kinderwald in Hannover – ein Beitrag zur Lokalen Agenda 21

Ein Gelände, auf dem Kinder das Sagen haben? So etwas gibt es in Hannover. Ein Ort, den sie nach ihren Ideen und Wünschen gestalten und bepflanzen, wo sie toben, durchs Wasser waten und sich dreckig machen dürfen. Hier sind Kinder die Baumeister von Weidendörfern, Waldsofas und Brücken. Sie pflanzen Bäume und Sträucher, basteln Wegweiser, Traumfänger und Baumgesichter. Und sie erfahren die Natur mit allen Sinnen. Und mehr noch: Die Interessen und Wünsche der Kinder wurden ernst genommen. Bei verschiedenen Aktionen und in Zukunftswerkstätten sammelten Kinder Ideen für die Gestaltung des Kinderwald-Geländes. Die besten wurden in Modellen veranschaulicht, die als Vorlage für die Umsetzung dienten. Das Projekt wurde so zu einem Stück gelebter Demokratie. Gleichzeitig übernahmen die Kinder auch die Betreuung des gestalteten Geländes und lernten dabei, Verantwortung zu übernehmen (Deutsches Kinderhilfswerk 2004, Abschnitt 5.3.1).

Umfeldgestaltung, insbesondere naturnahe Umgestaltung des Umfeldes von Kindertagesstätten und Jugendzentren

Beispiele sind die Umgestaltung eines großen Freizeiterholungsgeländes in Falkenstein oder die Beteiligung eines ganzen Dorfes bei der Herstellung eines Naturspielraumes am Kindergarten Brekendorf/Kreis Rendsburg-Eckernförde durch einen ökologisch orientierten Verein.

Partizipation in Jugendhilfeplanungsprozessen

Planung und Gestaltung von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Planung und Gestaltung selbst verwalteter Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Mitwirkung bzw. Einflussnahme bei Förderungsentscheidungen, Entwurf von Jugendentwicklungsplänen (Österreich). Wir haben im Rahmen von Sozialraum- und Lebensweltanalysen Kinder und Jugendliche an empirischen Untersuchungen, an der Konzeptionsentwicklung und an der Planung für die Kinder- und Jugendarbeit in mehreren Landkreisen beteiligt. Ein besonderer Schwerpunkt ist an einigen Orten die Beteiligung an der Planung und Organisation sozialer Dienste und Programme für Kinder und Jugendliche, etwa im Bereich Ausbildung und Beruf (z. B. Programme für jugendliche Arbeitslose) oder bei Konzepten wie der Youth-Bank oder bei der Konzipierung von Beratungsangeboten für Kinder und Jugendliche, Beteiligung bei der Programmplanung in Jugendeinrichtungen usw. – wie es in England vorbildlich geschieht.

Beteiligung im Rahmen von Kernleistungen des KJHG wie den Hilfen zur Erziehung

z. B. Erstellung des Hilfeplanes nach KJHG, in der Heimerziehung, Erziehungsbeistandschaft, in der Intensiven Einzelbetreuung u. Ä.

Bei den Familienhilfen, in familienrechtlichen Verfahren, bei Vormundschaften und Pflegschaften, für den Kinder- und Jugendschutz, die Jugendsozialarbeit u. Ä. liegen inzwischen hochinteressante Modellprojekte und Erfahrungen vor. (Diese Bereiche werden in unserem Zusammenhang der *politischen kommunalen* Beteiligung in dieser Reihe jedoch nicht behandelt).

Beratungsthemen (allgemeine Lebensprobleme, Ausbildung, Sexualität, Drogen usw.) in öffentlichen Einrichtungen (Jugendzentrum, Schule usw.)

Entwicklung von Konzeptionen für Jugendfreizeitstätten, Kinderkulturhäuser, die Jugendverbandsarbeit usw.

Hier sind das Konzept des Jugendkreistages Eutin für das „ideale“ Jugendzentrum und der Bau des Jugendzentrums Westerröfeld zu nennen, den die Jugendlichen von der Grundidee über die Raumplanung bis zur Stellenausschreibung für das Personal strukturiert haben. Auch ein Leitbildprozess mit Jugendlichen in einem Jugendverband gehört in diese Themengruppe.

Partizipation bei der Entwicklung und Ausgestaltung von Präventionsprojekten

Zu Themen wie Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus, Mobbing, Vandalismus, Konfliktregelungen und Mediationen durch Kinder und Jugendliche selber (Mediationsprojekte mit Schülern, Konfliktlotsenprogramme, „Bus-Engel“ usw.)

Fallbeispiel: Anmache im Bus – Nein Danke! Gegen Rassismus und Mobbing im Bus

Bei der Suche nach Problembereichen im Umfeld Münsteraner Jugendlicher wurde ein Thema ausgewählt: Bus-Anmache, Randalen, Mobbing (rassistisch und sexistisch), Vandalismus. Nach einer Informationsbeschaffung und Gesprächen mit der Polizei, politischen Initiativen und Stadträten wurde ein Fragebogen entwickelt und eine Umfrage (638 Jugendliche) durchgeführt und ausgewertet. Die Ergebnisse wurden auf einer Pressekonferenz in der Schule vorgestellt, mit Landtagsabgeordneten diskutiert, es gab verschiedene Artikel in der Tagespresse und ein Round-Table-Gespräch bei den Stadtwerken. Daraus ist das Kooperationsmodell „Schüler-Guides“ entstanden: Schüler des Schulzentrums (2500 Schüler) werden von Polizei, Stadtwerken und Schule zu kompetenten Guides ausgebildet (<http://www.projekt-p.de> 2006).

Gesundheitsprojekte (WHO-Projekte „Gesunde Städte“ u. Ä.), Krankenhausprojekte

Fallbeispiel: Kinder begleiten den Neubau der Kinderklinik Karlsruhe

Kinder sollen sich in einem Krankenhaus wohlfühlen, so gut es eben geht. Ihr Wissen darüber, wie man ein kindgerechtes Krankenhaus gestaltet, soll bei den Planungen berücksichtigt werden, dachten sich die Mitarbeiterinnen des Karlsruher Kinderbüros und luden verschiedene Institutionen ein, dieses besondere Partizipationsprojekt mitzugestalten. Dazu gehörten die Karlsruher Planungsgesellschaft für Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens (KAPEG) als Verantwortliche für den Neubau, das Gartenbauamt als maßgebliche Stelle für die Gestaltung des Außenbereiches sowie die Kinderklinik Karlsruhe, die Mobile Spielaktion des Stadtjugendausschusses und das Kinderbüro selbst. Die neue Kinder- und Frauenklinik mit insgesamt 262 Betten wurde auf dem Gelände des städtischen Klinikums gebaut. Im Jahre 2001 wurde nach der Fertigstellung des Rohbaus mit dem Innenausbau begonnen.

Bei diesem Kooperationsprojekt wurde von Anfang an sichergestellt, dass die Beteiligung der Kinder sowohl bei der Planung als auch der Umsetzung gewährleistet und professionell durchgeführt wird. Die Meinungen der Kinder und ihrer Eltern sollten zu verschiedenen Bereichen der Klinik erfasst werden: Wie müssen Eingangszone, Innenhöfe und Außenspielflächen, Cafeteria, Geschwisterkindergarten, Zimmer, Station, Stationsspielzimmer, Wartezonen, Untersuchungsräume gestaltet sein, damit sie kindgerecht sind?

Die Projektgruppe der zweiten Phase ab September 2001 setzte sich aus zehn Mädchen und Jungen der ersten Projektgruppe zusammen. Sie besichtigten zunächst den Rohbau der Kinderklinik und wollten sich inspirieren lassen, wie die Innenausstattung und die Gestaltung des Außenbereichs aussehen könnten. Sie entwickelten konkrete Anregungen in mehreren Arbeitstreffen und übergaben sie den Verantwortlichen im Herbst 2001. Die Arbeit der Kinder wurde von allen Beteiligten sehr ernst genommen und es wurde gemeinsam nach Umsetzungsmöglichkeiten im Interesse der Kinder gesucht. Die Transparenz wurde für alle Beteiligten durch regelmäßige Absprachen und Rückmeldungen hergestellt.

Die Presse war sehr an dem Projekt interessiert und berichtete auch überregional. Erfahrung und Professionalität der beteiligten Erwachsenen aus den Bereichen Pädagogik, Bauplanung, Gesundheit und Kinderpolitik sorgten ebenso für den Erfolg des Projektes, wie die Kompetenzen und ein hohes Engagement der Kinder, die oft einen sehr individuellen Bezug zum Thema Krankheit hatten. (Deutsches Kinderhilfswerk 2004, 5.4.2)

Stärkung der Selbstorganisationsfähigkeit

Z. B. durch Schülerfirmen und Youth-Banks, aber auch durch Selbstorganisation in eigenen Lobbyverbänden (z.B. „K.R.Ä.T.Z.Ä.“).

Alltagsthemen in Kindertagesstätten

Beteiligung der Kinder an der Festlegung von Lern- und Arbeitsthemen, Arbeitsformen (Festlegung von Spielen und Aktivitäten), Ausflügen, an Einrichtungsstrukturen wie Regeln, Zeitrhythmen, Verträgen, Hausordnungen, Diensten usw. (Wallrabenstein 1996, S. 18) – auch ihren latenten Strukturen und dem „heimlichen Lehrplan“ der Einrichtung (Knauer/Brandt 1998, S. 94 ff.), an der Raum- und Außengestaltung oder auch der Entscheidung über die Auswahl der aktuellen Vorlesebücher, Mitbestimmung beim Essen, bei Tages- und Stundenplan, bei Freizeiten, Beteiligung an der Lösung von Problemen und Konflikten, an der Einlösung von Kinderrechten usw. (Knauer/Brandt 1998, S. 91 ff.). Eine Erhebung im Kreis Ostholstein deutet auf eine große Bereitschaft von Erziehern und Einrichtungen hin, Kinder bei solchen

Themen mitbestimmen zu lassen. Auch wurden mittlerweile von Moderatoren hervorragend funktionierende Kinderparlamente im Kindergarten- und Hortbereich von größeren Einrichtungen aufgebaut.

Alltagsthemen und Probleme in sozialen Nahräumen, z. B. in der Nachbarschaft, in individuellen Beziehungen informeller Gruppen

Beteiligung z. B. in der Jugendgruppe des Freizeitbereichs (Was machen wir zusammen?), insbesondere aber in der Familie (Regeln und Grenzen, Freizeit, Taschengeld, Konflikte, Freunde, Mahlzeiten, Kleidung, Haustiere, Zeitrhythmus, Zimmergestaltung, Taschengeld, Fernsehen, gemeinsame Ferienplanung, Wohnung und Umzug, Ausbildung usw.)

Alltagsthemen im Alltagsleben der Kommune (Dorf, Stadtteil), im Sportverein usw.

Wenn beispielsweise bei anstehenden kleineren Veränderungen und Maßnahmen (ein Schild soll umgestellt werden; ein Gerät auf dem Spielplatz soll eine andere Farbe bekommen; ein Termin für ein Fest wird gesucht; einige Bäume sollen gepflanzt werden usw.) Kinder und Jugendliche z. B. von der Verwaltung in einem Gespräch direkt gefragt werden.

Engagement für andere: Hilfsprojekte für Menschen in Not (lokal bis global) Medien- und Kulturarbeit

z. B. Videoprojekte, Kinderradio „Okerwelle“ in Braunschweig, Kindernachrichtensender, selbst organisierte Gestaltung von Internetseiten

Fallbeispiel: Videoprojekt Treffpunkte für Jugendliche – am Beispiel „Aktionsräume für Skater“

Gemeinsam mit den Jugendlichen wurde das Konzept entwickelt und überlegt, welches (Bild-) Material benötigt wird, um ein Skater-Video sinnvoll zu gestalten, das sozialräumliche Informationen und Planungsprozesse von Jugendlichen deutlich machen könnte. Termine und Drehorte wurden mit den Jugendlichen, die auch die Akteure vor der Kamera waren, vereinbart. Der Interviewleitfaden wurde erarbeitet. Nach Abschluss der Planungsphase entwickelte die Gruppe einen Drehplan.

Im Anschluss an diese intensive Planungsphase fand die Durchführung der Dreharbeiten mit den Jugendlichen der beteiligten Gemeinden statt. Danach wurde die Sichtung des gefilmten „Rohmaterials“ vorgenommen, das Sichtungsprotokoll und der Schnittplan erstellt. Nach diesen Vorarbeiten ging es dann an den Schnitt. Die Nachvertonung und die Kommentare wurden schnitt- bzw. tontechnisch bearbeitet.

Nachdem das Video fertig war, wurde es in mehreren Gemeinden eingesetzt. Jugendliche und Initiativen, die in ihrer Gemeinde selber bei der Realisierung von Aktionsflächen für Jugendliche arbeiten, haben sich anregen lassen und dabei für ihre eigenen Projekte und Planungen von den Erfahrungen der Projektinitiatoren und den Jugendlichen (der Videogruppe) viel lernen können. (Wenzl 2006, S. 176)

Fallbeispiel: ein Kinderkultur- und Medienprojekt – Kindernachrichtensender der kreisfreien Stadt Mainz

Das Projekt startete in den Herbstferien 1996 im Rahmen einer Projektwoche im Haus der Jugend in Mainz. Der „Kindernachrichtensender“ KNS eröffnet 8- bis 14-Jährigen aus Mainz und Umgebung die Möglichkeit, mithilfe der Medien Video und Computer eigene Nachrichtensendungen zu produzieren und zu verbreiten.

Die Kindernachrichten verstehen sich als Plattform eines öffentlichen Dialogs und eine Form von Partizipation. Die Erstellung und Verbreitung von Nachrichten von Kindern für Kinder durch Ausstrahlung im Fernsehen, Vervielfältigung der Videokassetten oder öffentliche Vorführungen sind Bestandteil eines Einmischungsprozesses

in die politische Diskussion vor Ort. Die Kinder bestimmen die Auswahl der Themen, führen selbst Recherchen und Interviews durch, schreiben Kommentare, vertonen und gestalten ihre Beiträge bis hin zur fertigen Sendung. Die Sendungen werden im „Offenen Kanal Mainz“ oder über den Privatsender „K3“ ausgestrahlt. Beteiligt sind zurzeit etwa 30 Kinder, weitere stehen auf einer Warteliste (www.net-part.de, 2006).

Fallbeispiel: KitaRa – Kinder machen Radio bei Okerwelle 104,6 in Niedersachsen

„KitaRa – Kindertagesstättenradio“ ist ein Projekt, das von der niedersächsischen Landesmedienanstalt gemeinsam mit Radio Okerwelle im Februar 1999 ins Leben gerufen wurde. Kinder aus Kindergarten und Hort im Alter von 3 bis 10 Jahren sollen in die Lage versetzt werden, eigene Radiobeiträge zu erstellen und auch zu senden. Diese werden entweder in einer vollständigen Sendung (55 Minuten) oder in einer „Patchworksendung“ mit Beiträgen aus verschiedenen Einrichtungen ausgestrahlt. Zur Zielgruppe des Projektes gehören aber nicht nur die Kinder, welche die Sendungen erstellen, sondern auch die Kinder, die den Programmen zuhören und dadurch vielleicht motiviert werden, selbst aktiv zu werden (Deutsches Kinderhilfswerk 2004, Abschnitt 5.5.1).

4. Zielgruppen

4.1 Einführung und Überblick

Der erste Zugang zur Partizipation erfolgt häufig direkt von einer konkreten Zielgruppe aus (statt von einem der großen Aktionsfelder oder von einem einzelnen Thema oder von einer bestimmten Beteiligungsform/ Strategie her). Meistens wird durch das Aktionsfeld, in dem agiert wird, aber die Zielgruppe schon mit definiert. Deshalb ist die separate Darstellung von Beteiligungsmöglichkeiten allein von der Zielgruppe her in gewisser Weise etwas künstlich, aber eben doch ein möglicher und häufiger Zugang. Das gilt besonders, wenn es die Erstmotivation ist, etwas für bestimmte benachteiligte Gruppen zu tun oder wenn die Arbeit mit einzelnen Zielgruppen zusätzlich durch die Einführung von Partizipationselementen optimiert werden soll. Deshalb kann die Betrachtung von Beteiligungsmöglichkeiten von der Zielgruppe her sinnvoll und notwendig sein. Nur so bekommt man spezifische Anforderungen an die Gestaltung von Partizipationsangeboten in den Blick.

Man kann nämlich die in der Literatur vorgefundenen Strategien und Methoden nicht einfach unterschiedslos auf jede Zielgruppe anwenden. Manche Methoden bevorzugen z. B. verbalisierungsfähige Jugendliche (wie der Parlamentsansatz) und erschweren den Zugang für Unterschichtjugendliche. Es ist also immer sehr genau auf die spezifischen Partizipationsbedingungen und jeweiligen Besonderheiten und Anforderungen für einzelne Gruppen zu achten. Die Zugänglichkeit von Partizipationsangeboten ist unter Zielgruppengesichtspunkten hochsensibel. Der Ausschluss bestimmter Gruppen ist eine reale Gefahr für viele ansonsten gut gemeinte Beteiligungsbemühungen!

Meinhold-Henschel diskutiert diese Frage im Hinblick auf die Qualitätsanforderungen für Beteiligungsvorhaben unter dem Gütekriterium der „Zugänglichkeit“ bzw. der „Zugangsgerechtigkeit“ (Meinhold-Henschel 2007, 225 f.). Sie betont, dass keine Zielgruppe so heterogen und bezogen auf die Bedürfnisse so schnelllebig sei wie Kinder und Jugendliche. Alter, Geschlecht, Nationalität, Schulbildung würden äußerst heterogene Lebenslagen erzeugen und damit auch unterschiedliche Anforderungen an die Gestaltung von Partizipation. Gerade die Belange beteiligungsferner Gruppen – solcher aus sozial benachteiligenden Verhältnissen, insb. mit Migrationshintergrund und negativen schulischen Bildungserfahrungen – aber auch die Belange von Menschen mit Behinderungen seien besonders zu berücksichtigen.

Beteiligungsprojekte müssten deshalb niedrigschwellig angelegt werden. Die Schaffung realer Teilnahmekancen erfordere nicht nur nach Ort, Zeitpunkt und Zeitdauer heterogene und differenzierte Angebote („Gelegenheitsstruktur“). Auch die Passgenauigkeit der Angebote im Hinblick auf unterschiedliche „Kompetenzprofile“ und „Kommunikationsfähigkeiten“ sei zu gewährleisten (Auswahl zielgruppenspezifischer Themen, Ziel und Methoden).

Der folgende Überblick zu relevanten Zielgruppen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bietet keine absolut trennscharfe Darstellung. Das ist nicht möglich, weil sich in der kommunalen Realität viele Zielgruppenkategorisierungen überschneiden. Jedoch können alle genannten Zielgruppen Ausgangspunkte (Zugänge) von besonderen Beteiligungsbemühungen sein.

Geschlechtsspezifische Differenzierung

- Mädchen
- Jungen

Nicht schulpflichtige Kinder und Schüler

- Krippenkinder
- Kindergartenkinder
- Schüler u. Ä.
- Grundschul Kinder
- Sekundarstufen-Schüler, Hauptschüler, Gymnasiasten
- Lehrlinge
- Studierende

Besondere jugendhilferelevante Gruppen

- Adoptivkinder
- Teilnehmer von sozialer Gruppenarbeit
- Pflegekinder
- Heimkinder usw.

Kinder und Jugendliche aus marginalisierten und sozial benachteiligten Familien und Gruppen

- Migranten
- ethnische und soziale Minderheiten
- Spätaussiedler
- Flüchtlingskinder/Asylantenkinder
- Sinti- und Roma-Kinder usw.

Kinder und Jugendliche mit besonderen Problemlagen

- arme Kinder
- Kinder von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern
- psychisch kranke Kinder und Jugendliche
- Behinderte, Drogenabhängige
- Obdachlose
- Straßenkinder
- delinquente Kinder und Jugendliche
- Angehörige von Jugendgangs
- Schulschwänzer/Schulmüde usw.

Angehörige jugendlicher Subkulturen

- Rocker
- Punker
- Skins
- Rechtsradikale usw.



Praxisbeispiel

In zwei Projekten in Schleswig-Holstein wurden Skating-Anlagen mit Jugendlichen gebaut. Beide kamen aber auf sehr unterschiedliche Art und Weise zustande. Bei den Jugendlichen in Engelsby und Bad Oldesloe handelte es sich um soziologisch gesehen sehr unterschiedliche Zielgruppen und um sehr verschiedenen Problemlagen. In der Bad-Oldesloer Skater-Subkultur gab es relativ viele politisch bewusste Jugendliche mit gehobenem Bildungsstand, die außer ihrem konkreten Problem (fehlende Skatingmöglichkeiten) keine überdurchschnittlichen Problemlagen und Belastungen aufwiesen. Sie waren aber hervorragend in der Lage, sich selbst zu organisieren und politischen Druck zu erzeugen. Sie brauchten die örtliche Jugendpflegerin eigentlich nur als ein weiteres Unterstützungselement zur Öffnung der Türen von Politik und Verwaltung neben vielen anderen, die sie selbst organisiert hatten (z. B. eine anspruchsvolle Öffentlichkeitsarbeit und ein sehr effektives Sponsoring. Sie kamen auch gegen Widerstände hartnäckig ans Ziel. Im Übrigen war zur Motivation und Durchführung eine sozialräumliche Konstruktion ihres Projektes nicht erforderlich. Sie kamen aus allen Stadtteilen.

Die Engelsbyer Jugendlichen dagegen kamen geschlossen aus einem Plattenbau-Stadtteil mit konzentrierten sozialen Problemen (fehlende Infrastruktur, hoher Anteil an Aussiedlern und Ausländern, mangelnde Wohnqualität, Verkehrsprobleme, Arbeitslosigkeit, hoher Unterschichtenanteil in der Bevölkerung usw.). Die Jugendlichen hatten im Vergleich zu den Oldesloern einen geringeren Bildungsstand, waren teilweise viel pessimistischer und verfügten über einen sehr viel „direkteren“ Kommunikationsstil. Ihr Projekt musste dementsprechend niedrigschwellig und sozialräumlich angelegt sein. Schon die Initiative zu diesem Projekt war schwierig und kam nur in aufsuchender Arbeit unter Einschaltung des Streetworkers zustande. Alles, was über die alltäglichen Probleme der Lebensbewältigung hinausging, war schwierig mit ihnen zu regeln. Der zuständige Jugendarbeiter musste viel mehr Vertrauen aufbauen und viel mehr unterstützen und deutliche Anwaltsfunktionen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit einnehmen – zumal als die Finanzierung ihres Projektes, das typischerweise im Kontext ihrer Art von Rauman eignung direkt an ihre „Jugendhütte“ angeschlossen wurde, gefährdet war. Diesen teilweise stark randständigen Jugendlichen kam die Methodik der Zukunftswerkstatt übrigens stark entgegen: In der Modellbauphase wurde weniger debattiert, sondern durch praktisches Tun und Anpacken sinnlich konkret gearbeitet, durch Malen, Sägen, Schneiden, Bauen. Das kam dem Kompetenzprofil der Jugendlichen stark entgegen. Sie fanden hier eine angemessene Möglichkeit der Artikulation von Interessen, Bedürfnissen und Utopien, was in sehr anspruchsvollen und von der Öffentlichkeit staunend zur Kenntnis genommen, sehr ästhetischen Modellen zum Ausdruck kam.

Die Zugänge zum Gesamtsystem der Partizipation einer Kommune – gleichgültig, für welche Partizipationsmodelle und Partizipationsprojekte sie sich entschieden hat –, müssen möglichst offen und sozial gerecht gestaltet werden. Es sollten möglichst viele Jugendliche erreicht werden. Die Repräsentativität der Zugangsquoten für alle Grundformen der Beteiligung – von den Parlamenten bis zu den Projekten – muss unbedingt sichergestellt werden. Nur eine ausreichende Breite von Kinder- und Jugendperspektiven innerhalb der Beteiligungsmodelle ermöglicht auch die gewünschten Veränderungen in Richtung auf eine breit angelegte Beteiligungskultur einer bürgerschaftlich verfassten Kommune unter Einschluss der jungen Generation und unter Integration aller von Ausschluss bedrohten Gruppen.

Das Beispiel der Kinder- und Jugendparlamente mag die Gefahren verdeutlichen: Solche Partizipationsvorhaben sind häufig formaler organisiert als andere Formen (Wahlverfahren nach dem Muster der Er wachsendemokratie mit den entsprechenden Verfahren wie z. B. Wahlbenachrichtigungen, Wahlvorständen, Kontrollen

usw.). Je aufwändiger nun solche Wahlen veranstaltet werden, desto größere Anforderungen an im Kern stark sprachlich fundierte Kompetenzen, an Motivation und Planungsfähigkeiten werden den Jugendlichen abverlangt. Solche Voraussetzungen erfüllen häufiger Jugendliche aus Mittelschichtfamilien und mit höherem Bildungsniveau und positiven familiären Vorbildern und Einstellungen zur Politik. Auch Jungen werden hier aufgrund ihrer spezifischen politischen Sozialisation vermutlich stark bevorzugt. Berücksichtigt werden muss auch, dass Parlamente häufig nicht sozialräumlich angelegt sind, womit die räumliche und zeitliche Zugänglichkeit für bestimmte auf ihren Sozialraum fixierte Zielgruppen kaum noch gewährleistet ist. Repräsentative Modelle haben im Übrigen das Manko, dass den Nicht-Gewählten der Zugang zu diesen Gremien oft versperrt bleibt. Den nicht zugelassenen Jugendlichen werden außer im Wahlakt keine echten Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet.

Zugänglichkeit und *Niedrigschwelligkeit* werden so nicht erreicht. Dies alles sind keine Argumente gegen Jugendparlamente an sich. Die Schlussfolgerung ist vielmehr, dieses Instrument sozialräumlich und zielgruppengerecht anzupassen. Stadtteilgremien, die sich vernetzen mit übergeordneten Gremien und Parlamenten, die sich als Organisationszentrum für eine dezentralisierte Vielfalt an sozialräumlichen Projekten mit bewusster und gezielter Integration bisher ausgeschlossener Gruppen verstehen, wären eine Möglichkeit, die Zugangsgerechtigkeit für heterogene Zielgruppen zu erhöhen.

Wer die Integration von Migranten intensivieren will, kann viel dafür tun, wenn deren besondere Formen der Rauman eignung beachtet werden, die stark mit den von ihnen antizipierten realen Einflussmöglichkeiten (im Jugendhaus, in der Schule, im Partizipationsprojekt) zusammenhängen. Das ist in ihrem sozialräumlich definierten Umfeld, auf das sie viel stärker als deutsche Jugendliche fixiert sind und das ihnen Sicherheit gibt, am ehesten möglich. Alltägliche „Gelegenheitsstrukturen“, die stärkere Berücksichtigung von Cliquenstrukturen (der Cliquenverbund erlaubt den Jugendlichen sich im sicheren und geschützten Rahmen ihrer Gruppe zu bewegen), die Betonung von Peergroups und die direkte Ansprache in aufsuchender Arbeit sind wichtig. Nicht das passive Warten auf das Selber-Kommen von Jugendlichen in die gut gemeinten partizipativen Angebote ist hilfreich, sondern ein aktiver Zugang der Erwachsenen- Pädagogen wie Politiker. Die besonderen Anforderungen an Vertrauen und die spezifische ethnisch gefärbte Kommunikation kann auch dadurch erfüllt werden, dass verstärkt Jugendmitarbeiter mit vergleichbarem Migrationshintergrund gezielt eingestellt werden, was sich z. B. in vielen Aussiedlerprojekten von Jugendhäusern bewährt hat.

Das gewählte Partizipationsmodell sollte also ein möglichst breites Spektrum der jungen Generation einer Kommune einbeziehen, Kinder und Jugendliche aus sehr verschiedenen Herkunftsmilieus, Nationalitäten, relevanten Minderheiten, Jugendliche unterschiedlicher Schultypen – Förderschüler und Hauptschüler ebenso wie Realschüler und Gymnasiasten. Beteiligungsangebote sollten also prinzipiell offen sein. Dabei sollte immer eine ernst gemeinte Chance bestehen, dass die Partizipationsstrukturen und -modelle von den teilnehmenden Jugendlichen mitgestaltet und von ihnen selber ihren Wünschen, Interessen und spezifischen Kompetenzen entsprechend angepasst werden können. Es kann auch hilfreich sein, wenn das Gesamtkonzept so konzipiert wird, dass eine Vielzahl von unterschiedlich ausgerichteten Angeboten vorhanden ist, die den heterogenen Gruppen von Jugendlichen in ihrer Unterschiedlichkeit auch gerecht werden. Auch gezielte, passgenaue Angebote nur für einzelne partizipationsungewohnte Teilgruppen (z. B. Migranten und andere Jugendliche aus unterschiedlichen sozioökonomischen Schichten und Milieus) können die Zugangsgerechtigkeit erhöhen.

Was für die Jugendlichen mit Migrationshintergrund gilt, ist analog auch im Hinblick auf die paritätische Beteiligung der Geschlechter zu bedenken. Mädchen wollen anders beteiligt werden als Jungen. Während Jungen schon mal eher Gefallen an formaleren Verfahren – Hausversammlungen, Abstimmungen, Wahlen usw. – finden, bevorzugen Mädchen tendenziell direkte Befragungen und dialogische Formen der Beteiligung, das direkte Gespräch und partnerschaftliche Kommunikation und Begegnung – was z. B. in Kleingruppen-Settings viel besser als in größeren formalisierten Versammlungen organisiert werden kann.

Auch die konzeptionelle und methodische Differenzierung von Partizipationsangeboten nach Alter hat eine erhebliche Bedeutung. Wenn die Hürden für jüngere Altersgruppen nicht unnötig hoch sein sollen, sind altersangemessene Formen der Ansprache und der Information zu wählen. Alle Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten müssen in kind- und jugendgemäßer Form erfolgen. Und das ist nicht nur eine Frage z. B. der kindgemäßen Visualisierung von Werbematerial, sondern vor allem eine Frage der Themenwahl (Was interessiert Kinder, was Jugendliche?) und der altersgemäßen sprachlichen Aufbereitung. Politische Strukturen, finanzielle Finissen, bürokratische Verfahrenswege üben nicht immer einen gleichbleibenden Charme auf Kinder und Jugendliche aus. Ein sehr gelungenes Gegenbeispiel ist die von der Initiative „mitWirkung!“ der Bertelsmann Stiftung zusammen mit Jugendlichen entwickelte Aufbereitung der großen bundesweiten empirischen Untersuchung zur Partizipationswirklichkeit in Deutschland (Appel 2006). Insofern erfordert Partizipation immer ein „integriertes Kommunikationskonzept“, in dessen Rahmen sich Jugendliche hervorragend einbinden lassen bei der aktiven „Gestaltung von Produkten der Öffentlichkeitsarbeit“ (Meinhold-Henschel 2007, S. 239 f.). Hierzu hat die Bertelsmann Stiftung ein Konzept entwickelt („Für Mitwirkung gewinnen! Praxistipps für die Öffentlichkeitsarbeit von Kinder- und Jugendbeteiligungsvorhaben“), das konkrete Vorschläge unterbreitet (Bertelsmann Stiftung 2006).

Abgesehen von der hohen Relevanz eines Kommunikationskonzeptes und einer zielgruppen- und situationsgerechten Ansprache sind bei der Entwicklung altersgemäßer Partizipationsmodelle natürlich weitere Gesichtspunkte zu berücksichtigen, z. B. die strategische Ausrichtung der Beteiligungsangebote für ältere Jugendliche in Richtung auf verstärkte Selbstbestimmung und Selbstorganisation, die in diesem Maße bei Kindern natürlich nicht möglich ist. Für ältere Jugendliche ist im Übrigen die Beteiligungsmotivation nicht nur eng verbunden mit der Erwartung des „Spaßfaktors“, sondern immer auch mit der Einschätzung der realen Gestaltbarkeit des Beteiligungsangebotes.

Dies alles bedeutet nun, dass vor der Implementierung von Partizipationsmodellen immer eine exakte *Zielgruppenanalyse* im Stadtteil bzw. in der Gemeinde durchgeführt werden sollte. Und die hat im Allgemeinen die Form einer qualifizierten *Sozialraum- und Lebensweltanalyse*. Aus der Jugendhilfeplanung des Jugendamtes lassen sich die sozial-räumlichen – quantitativen – Sozialdaten nutzen (Sozialstrukturanalyse). Unter praktischen Gesichtspunkten sind aber vor allem qualitative Daten hilfreich. Die Erhebung dieser Daten kann man bereits als Beteiligungsprojekt gestalten. Begehungen und Erkundungen mit Kindern und Jugendlichen („Stadtforscher“), Sozialfotografie und Sozialvideografie, Interviews mit Sozialraum-Schlüsselpersonen, Cliquen-Kataster u. Ä. kann man gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen durchführen. Sie machen Spaß und helfen, die eigene Arbeit konzeptionell besser zu planen und Partizipationsmodelle passgenauer und zielgruppengerechter zu entwickeln.

4.2 Ein Beispiel: Mädchen planen und bauen

Einer intensiveren Diskussion bedarf die Frage, ob die Reduktion von Spielraumplanung im Rahmen von Mädchenarbeit auf geschlechtshomogene Ansätze eine

„Sackgasse“ darstellt, wie die Mitarbeiterinnen des bsj-Mädchenprojektes annehmen: Der pädagogische Alltag und die gesamte Lebensrealität hielten nicht nur eine Vielzahl von Situationen bereit, in denen Mädchen mit Jungen zusammen sind; auch wollten Mädchen nicht ausschließlich unter sich in ihrer Mädchenplanungsgruppe sein. Die Erfahrungen des bsj-Mädchenprojektes in Bauprojekten, die ausschließlich mit Mädchen in öffentlichen Räumen durchgeführt wurden, hatten gezeigt, dass mit einem solchen „jungenausgrenzenden“ Vorgehen scharfe Konflikte programmiert sind. Jungen betrachten handwerkliche Tätigkeit als ihr „Territorium“ und fühlen sich gekränkt, wenn Mädchen dieses besetzen und ihnen hier „etwas vormachen“. Ihre Kränkung führen sie oftmals in aggressiven Akten gegen die Mädchen oder die Produkte ab. Öffentliche Räume gehören grundsätzlich allen sozialen Gruppen. Angesichts dieses Grundsatzes muss es aus der Perspektive von Mädchenarbeit darum gehen, Mädchen zum Beanspruchungsrecht auf öffentliche Räume zu verhelfen und diese Aneignungsprozesse sozialpädagogisch zu stützen. Es kann nicht darum gehen, dominante Gruppen formal aus diesem Raum auszugrenzen, sondern es muss um eine Qualitätsveränderung in diesem Raum gehen, die auch Mädchen die gleichen Teilhabemöglichkeiten verschafft (bsj-Mädchenprojekt, Initiativgruppe Eulenkopf 1995, o. S.).

Fallbeispiel: Mädchen mischen mit – ein Partizipationsmodell für Mädchen im ländlichen Raum

Die Mädchen engagieren sich für die Errichtung eines Jugendsportzentrums als eine Art Kommunikationszentrum für Mädchen und Jungen – auch über die Ortsgemeinde hinaus. Besondere Berücksichtigung sollen Sportarten finden, die Mädchen gerne betreiben, wie Rollschuhlaufen, Beachvolleyball, Basketball. Die Mädchen haben erreicht, dass das Gelände des „Alten Spielplatzes“ in Geiselberg umgestaltet wird in Rollschuhbahn und Bolzplatz mit kleiner Schutzhütte und einem kleinen Spielbereich für jüngere Kinder. Die Rollschuhbahn soll durch Einzeichnung von Spielfeldern auch als Volley- und Basketballfeld nutzbar sein. Die Ausführung der anfallenden Arbeiten wird von den Mädchen begleitet und so weit wie möglich durch Eigenleistung unterstützt. Der Bau der Schutzhütte ist als eine gemeinsame Aktion der Mädchen und Jungen aus der Gemeinde geplant. (www.net-part.de, 2006)

Fallbeispiel: Planung und Bau eines Mädchengerechten Spielplatzes in Freiburg

Der Handlungsansatz des Projekts „Mädchenspielplatz“ in Freiburg basiert auf den Beteiligungsmethoden von Mädchen in der Stadtplanung. Dabei artikulieren Mädchen ihre Wünsche und Interessen selbst und es wird auch methodisch auf ihre Kompetenzen Rücksicht genommen. Ihre Interessen finden so Eingang in Kommunalpolitik und kommunale Planungsbehörden und die Mädchen beteiligen sich auch an der Realisierung. Besonders hervorzuheben ist bei diesem Projekt, dass es nicht als begrenzte Projekteinheit mit festgelegten Abläufen und Inhalten geplant wurde, sondern es sich vielmehr Schritt für Schritt zu einem gelungenen Projekt entwickelte. (Deutsches Kinderhilfswerk 2004, Abschnitt 5.1.4) Stange/Tiemann betonen in den Prüfsteinen für Partizipationsprozesse die Notwendigkeit einer geschlechtsspezifischen Partizipation, ohne dass Geschlechterstereotypen reproduziert werden (Brunsemann/Stange/Tiemann 2001, 22 ff.). Bei allen Spielraumplanungen sind jedoch die Forschungsergebnisse zu beachten, die, wie Antje Flade nachweist, in allen hoch entwickelten Industrieländern zu ähnlichen Ergebnissen führen:

„Mädchen haben im Durchschnitt einen kleineren Bewegungsraum als Jungen. Jungen nutzen öfter das Fahrrad, während Mädchen zu Fuß gehen oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Jungen sind ‚Auto-orientierter‘ als Mädchen. Sie sehen sich im Erwachsenenalter viel häufiger als Auto fahrende Person. In der Vorstellung der Mädchen spielt das Auto als künftiges Verkehrsmittel eine geringere

Rolle. Die Aufenthaltsorte von Mädchen und Jungen unterscheiden sich: Mädchen halten sich mehr in Wohnnähe, Jungen häufiger auf öffentlichen Plätzen auf. Jungen sind öfter draußen anzutreffen als Mädchen. Jungen setzen mehr ihre körperlichen Kräfte ein, ihr Spielverhalten ist ‚rauer‘ und raumgreifender. Jungen spielen in größeren Gruppen, was automatisch mehr Platz erfordert. Mädchen und Jungen unterscheiden sich in Bezug auf sportliche Aktivitäten. Fußballspielen ist ein jungentypischer Sport. Das Interesse an Sport ist bei Jungen ausgeprägter.“ (Flade 1996, S. 19)

Michaela Schändlinger weist darauf hin, dass die meisten Mädchen und Jungen im Alter von 8 bis 10 Jahren durchaus gern zusammenspielen; es komme immer wieder zu gemeinsamen Spielen wie Basketball, Tischtennis, Volleyball. „Sehen und gesehen werden“ sei ein zentrales Motiv für Jungen und Mädchen in der Pubertät, sich auf Spielplätzen zu treffen. Wichtig sei deshalb immer die Schaffung von Sitzmöglichkeiten. „Es gibt aber auch einige deutliche Unterschiede an Gerätewünschen zwischen Mädchen und Jungen. Für die Jungen verliert die Schaukel irgendwann mit sechs, sieben, acht Jahren an Bedeutung, während die Mädchen sie bis in die Pubertät hinein lieben“ (Schändlinger 1996, S. 123 f.).

Bei inzwischen rund 200 Zukunftswerkstätten und einigen Dutzend Planungszirkeln, an denen Jungen und Mädchen beteiligt waren, konnte der Autor feststellen, dass sich gerade die Zukunftswerkstatt mit ihrer Visualisierungstechnik hervorragend eignet, die Bedürfnisse von Mädchen bei Spielraumplanungen zu ermitteln und im Lauf des weiteren Planungsverfahrens auch durchzusetzen. Die der Zukunftswerkstatt inhärenten Methoden erlauben es gerade Mädchen, die sich manchmal gegen das dominante Verhalten von Jungen in Diskussionen schlechter durchsetzen können, ihre Bedürfnisse und Wünsche zu formulieren. Oft war zu beobachten, dass Mädchen sich zu eigenen Kleingruppen zusammenschlossen, wenn es z. B. um den Entwurf eines Modells für einen Spielraum ging. Zukunftswerkstätten, Planungszirkel und Modellbau eignen sich also für geschlechtsspezifische Planungsverfahren, wobei es jedoch auch Aufgabe der professionellen Planer bleibt, darauf zu achten, dass sich nicht immer wieder dieselben Skatergelände entwickeln, die oft eher Jungeninteressen entsprechen.

Die Mädcheninteressen bei der Planung von Wohnungen, Wohnumgebungen, bei Stadtentwicklung und Stadterneuerung werden in den letzten Jahren durch zunehmende Bemühungen, die Belange von Frauen in Stadtentwicklung und Wohnungsversorgung zu integrieren, zusätzlich unterstützt (Zillmann 1996, S. 6; Ministerium für Bauen und Wohnen des Landes Nordrhein-Westfalen 1993).

4.3 Weitere Zielgruppen-Beispiele mit besonderen Anforderungen

Fallbeispiel: Juleica – Schulung für Mädchen mit und ohne Behinderungen

In dieser Woche erarbeiteten sich die Teilnehmerinnen in theoretischen Einheiten und Rollenspielen die Fähigkeit, Spiele für Kindergruppen anzuleiten, andere Jugendliche zu motivieren und ihre eigene Arbeit zu reflektieren. Auch die mit der Gruppenleitung verbundenen Rechtsfragen wurden erörtert. An einer Stelle ging es bei der Ausbildung zur Jugendleiterin allerdings doch ein wenig anders zu. Es galt die unterschiedlichen Behinderungen der Teilnehmerinnen, wie z. B. Lese- und Schreibschwächen, in der Vorbereitung zu berücksichtigen. So wurden übliche Materialien in leichte und verständliche Sprache übersetzt und alle Arbeitsmaterialien auf CD gesprochen. Mädchen und junge Frauen mit und ohne Behinderung sollen fit gemacht werden für ihre Beteiligungsmöglichkeiten und -rechte in der Kommune. Es sollen Vereinbarungen mit Kommunal- und Landespolitikern getroffen werden, die den beteiligten Mädchen einen direkten Zugang zur Politik ermöglichen. (www.projekt-p.de, 2006)

Fallbeispiel: Woldenhorn-Schule Ahrensburg: Schülermitbestimmung in einer Schule für geistig Behinderte – „Neugestaltung der Pause“

Ein großes Projekt war die „Neugestaltung der Pause“: Die Schülervertretung erarbeitete und visualisierte ihre Wünsche und Ideen auf Plakaten und diskutierte sie zunächst mit dem Lehrerkollegium. Anhand detaillierter Fotos vom Pausenhof wurde mit den Klassen Rücksprache gehalten und im Anschluss daran abgestimmt, ob die einzelnen Geräte und Bauten erhalten, umgestaltet oder vom Pausenhof entfernt werden sollten. Ein Mathematikkurs vermaß den Schulhof und zeichnete einen Plan, auf dem die Schülervertretung die alten und neu gewünschten Bauten und Geräte entsprechend dem Ergebnis der Abstimmung platzierte. Eine Arbeitsgruppe aus dem Lehrerkollegium koordinierte diesen Prozess und stellte die Schülervorschläge in der Konferenz vor, die sich mit den Ideen einverstanden erklärte.

Über die Schulleitung gelangten die erarbeiteten Wünsche zum Bauamt des Kreises Stormarn und eine Landschaftsarchitektin zeichnete einen Plan, in dem alle Schülerwünsche berücksichtigt wurden. (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren des Landes Schleswig-Holstein 2005)

Fallbeispiel aus der Praxis: Bock auf Politik – Migranten beziehen Position

Das Projekt, das von zwei Jugendmigrationsdiensten der AWO Paderborn in drei Gemeinden durchgeführt wurde, soll jugendliche Migrantinnen und Migranten in Kontakt mit der kommunalen Politik bringen. Es wurden Möglichkeiten der politischen Einflussnahme verdeutlicht, Kontakte zu Politikern hergestellt und Wege der politischen Entscheidung transparent gemacht. Den Jugendlichen sollten Kenntnisse vermittelt werden, wie sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens beteiligen können. Durch die hohen Erfolgsaussichten auf die Umsetzung eigener Ideen sind Anreize geschaffen worden, aktiv zu werden und sich politisch zu betätigen. (www.projekt-p.de, 2006)

Fallbeispiel: Migranten bauen ein Amphitheater mitten im Ruhrgebiet

Russlanddeutsche Spätaussiedler bauten ein Amphitheater für eine griechische Gemeinde, und das mitten im Ruhrgebiet. Das klingt fast ein wenig absurd, ist aber Realität im Castrop-Rauxeler Stadtteil Ickern. Neben dem Amphitheater wurde zudem auch der Bau eines Kulturcafés für die Anlage der griechischen Gemeinde, auf dem Gelände der ehemaligen „Zeche Ickern“, verwirklicht. Außergewöhnlich auch, weil ein Großteil der Arbeitskräfte selbst Zuwanderer in unserem Land sind. Die Mitglieder des Vereins konnten so ihre eigenen Erfahrungen im Umgang mit den Problemen der Eingewöhnung in eine fremde Sprache, Kultur und Mentalität weitergeben. Insgesamt 15 Teilnehmer, davon elf Russlanddeutsche, ein Serbe und drei Deutsche waren an diesem Projekt beteiligt. Sie sollten im Rahmen der Maßnahme ihre persönlichen Vermittlungsprobleme abbauen und auf den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet werden. (www.netwerk.nrw.de, 2006)



5. Literatur

- Appel, Klaus (2006a): Junge Menschen wollen sich beteiligen. Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Informationen für junge Menschen zwischen 14 und 18. Ergebnisse einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- Bertelsmann Stiftung. Hrsg. (2005): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung
- Bertelsmann Stiftung. Hrsg. (2006): Für Mitwirkung gewinnen! Praxistipps für die Öffentlichkeitsarbeit von Kinder- und Jugendbeteiligungsvorhaben. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung
- Brunsemann, Claudia/Stange, Waldemar/Tiemann, Dieter (2001): mitreden – mitplanen – mitmachen. Kinder und Jugendliche in der Kommune. Hrsg. Deutsches Kinderhilfswerk und Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau des Landes Schleswig Holstein u. A. Berlin und Kiel.
- bsj-Mädchenprojekt, Initiativegruppe Eulenkopf (1995): Mit eigener Hand ... Mädchen und Jungen gestalten ein Spielgelände. Marburg.
- Deutsches Kinderhilfswerk (2004): Nachschlagewerk Kinderpolitik. Dokumentation beispielhafter Projekte, Erläuterungen, Adressen und weiterführende Literatur. Berlin.
- Flade, Antje (1996): Sozialisation – das Hineinwachsen in die weibliche und männliche Lebenswelt. In: Flade, A./Kustor, B. (Hrsg.): Raus aus dem Haus. Frankfurt a.M./New York.
- Meinhold-Henschel, Sigrid (2007): Qualitätsanforderungen an Beteiligungsvorhaben. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. 221 - 245.
- Ministerium für Bauen und Wohnen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1993): Bau- + Wohnhits von Kids. Unna.
- Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren des Landes Schleswig-Holstein (2005): Tausendsassa. Die Dokumentation des Dieter-Tiemann- Preises für Kinderfreundlichkeit und Alltagsdemokratie.
- Pralow, Kai (2003): Kinder- und Jugendpartizipation: Möglichkeiten und Grenzen. Eine Untersuchung und Systematisierung von Best-Practice-Modellen. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Lüneburg.
- Schändlinger, Michaela (1996): Partizipation von Mädchen und Jungen in der Planung. In: Flade, Antje/Kustor, Beatrice: (Hrsg.): Raus aus dem Haus. Frankfurt a. M./New York.
- Wenzl, Udo (2007): Videoprojekt Treffpunkte für Jugendliche, in: Stange, Waldemar (2007): Partizipation von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Raum II. Beteiligungsmodelle implementieren. Sozialraumanalyse – Ziel- und Konzeptentwicklung – Gesamtstrategie. Münster
- Zillmann, Kerstin (1996): Frauengerechte und nachhaltige Stadtentwicklung sind unteilbar. In: Wohnbundinformationen 4/1996.



Internet-Quellen:

www.jugendserver.de (2006)

www.kjw-koeln.de. (2006): Entimon-Projekt www.net-part.de (2006) www.net-werk.nrw.de (2006)

www.net-part.de (2006): Kindernachrichtensender der kreisfreien Stadt Mainz
<http://www.projekt-p.de> (2006): Anmache im Bus – nein danke! Gegen Rassismus und Mobbing im Bus